

Politische Handlungsempfehlungen

1. Die Umwelteinwirkungen von digitalen Infrastrukturen sind nicht vernachlässigbar und müssen sichtbar werden:
 - 1.1. Für Rechenzentren soll ein verbindlicher Energieausweis eingeführt werden, der Auskunft über deren Energieverbrauch und Leistungsfähigkeit gibt. Durch die Sammlung dieser Informationen in einem zentralen Rechenzentrumsregister kann der zukünftige Ausbau besser geplant und gefördert werden.
 - 1.2. Cloud-Dienstleistungen sollen mit einem CO₂-Fußabdruck pro Serviceinheit (z.B. pro Stunde, pro Jahr) Auskunft über ihre Umwelteinwirkungen geben. Durch die Schaffung dieser Metriken sollen Cloud-Anbieter dazu motiviert, besonders klimafreundliche Dienstleistungen anzubieten.
 - 1.3. Die Betreiber von Telekommunikationsnetzen (Breitband, Telefon, Mobilfunk) sollen ihr Angebot mit einem CO₂-Fußabdruck pro Übertragungseinheit kennzeichnen. Dadurch erhalten Kunden*innen die Möglichkeit, besonders klimafreundliche Übertragungswege zu bevorzugen.
2. Wir wollen Energieeffizienz und Ressourcenschutz beim Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen:
 - 2.1. Beim Breitbandausbau ist dem Ausbau von energieeffizienten Glasfasernetzen bis zum Ende der 2020er Jahre der Vorrang gegenüber anderen Übertragungstechnologien zu geben.
 - 2.2. Der Ausbau von Mobilfunknetzen soll schlank und ressourceneffizient erfolgen, mit reduzierter mehrfacher Funkabdeckung der gleichen Regionen durch unterschiedliche Anbieter. Dazu sollen für Mobilfunknetze einheitliche und faire Nutzungsentgelte eingeführt werden, die ein nationales Roaming ermöglichen.
 - 2.3. Der Ausbau moderner 5G-Infrastrukturen soll dazu genutzt werden, veraltete und ineffiziente 3G-Infrastrukturen zu ersetzen. Dadurch können alle Sendeanlagen für moderne Technik genutzt werden, was einen Abwärtstrend erhöht.
3. Wir wollen, dass Rechenzentren umweltgerecht geplant, betrieben und entsorgt werden:
 - 3.1. Bei der Standortwahl von neuen Rechenzentren soll eine Abwärtstrennung verbindlich berücksichtigt werden.
 - 3.2. Rechenzentren sind vielfach überdimensioniert und arbeiten nur mit geringer Auslastung. Die Planung neuer Rechenzentren muss zukünftig besser am tatsächlichen Bedarf orientiert werden. Durch den Einsatz modularer Konzepte müssen Rechenzentren auch in Teilbetriebsbereichen effizienter betrieben werden können.

Nimmt die Bundesregierung diese Handlungsempfehlungen ernst?

Scharfe Kritik in einem Gutachten des Umweltbundesamtes (UBA) an der gegenwärtigen Mobilfunk-Ausbaupraxis

Das Umweltbundesamt (UBA) legt aktuell die Analyse „Energie- und Ressourceneffizienz digitaler Infrastrukturen“ vor. Das UBA-Gutachten bestätigt unsere Forderung, dass jede Kommune einen ökologischen Fußabdruck für digitale Planungen vorlegen muss. Das UBA-Gutachten untersucht die Frage: Gibt es eine nachhaltige Digitalisierung, kann sie vielleicht sogar der Energieeinsparung und dem Umweltschutz dienen? Das Gutachten ist eine scharfe Kritik am Geschäftsgebaren der IT-Branche. Nachfolgend die Kernkritiken:

1. Die Mobilfunknetze sind redundant, weil jeder Betreiber sein eigenes Netz hat. Das Gutachten fordert deshalb ein Netz für alle Anbieter:

- > „Wenn Mobilfunkbetreiber Standorte und Geräte gemeinsam nutzen, spart das Energie und Ressourcen, weil Technik nicht doppelt bereitgestellt und betrieben werden muss. Darüber hinaus verbessert es den Netzzugang für alle Nutzer*innen.“ (S. 7)
- > „Der Ausbau von Mobilfunknetzen soll schlank und ressourceneffizient erfolgen, mit reduzierter mehrfacher Funkabdeckung der gleichen Regionen durch unterschiedliche Anbieter. Dazu sollen für Mobilfunknetze einheitliche und faire Nutzungsentgelte eingeführt werden, die ein nationales Roaming ermöglichen.“ (S. 1)

2. Die Rechenzentren sind Energieschleudern. Deshalb braucht es einen Blauen Engel für Rechenzentren und Monitoringsysteme zur Eindämmung der Elektronikschrottmengen durch Recyclingsysteme.

3. Das Videostreaming macht 80% des Datenverkehrs aus (S. 11). Dem muss entgegen-gesteuert werden, indem die Standardauflösungen der Größe des Displays angepasst wird (S. 2), keine Flatrates mehr für große Datenmengen angeboten werden und Da-tensparsamkeit finanziell belohnt wird (S. 2).

4. Der Konsumwahn, forciert durch Werbung und Schnäppchenpreise „Jedes Jahr ein neues Smartphone“, muss aufhören, denn: „Die Herstellung neuer Geräte verbraucht Ressourcen und verursacht Treibhausgas-Emissionen (rund 100 Kilogramm CO₂-Äqui-valente für ein Smartphone.)“ (S. 8, 13)

5. Das UBA-Gutachten lehnt die Innenversorgung durch Funk ab und fordert die Trennung der Indoor- und Outdoorversorgung: „Der Mobilfunk ist für den Hausanschluss ungeeignet und aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes nicht tragfähig (S. 8).“ Denn: „Die Übertragung von Daten in Mobilfunknetzen hat einen deutlich größeren ökologi-schen Fußabdruck als die in kabelgebundenen Breitbandnetzen.“ (S. 12)

Die entscheidende Schlussfolgerung des UBA Gutachtens: Der Ausbau des Glasfasernetzes muss Priorität haben:

> „Beim Breitbandausbau ist dem Ausbau von energieeffizienten Glasfasernetzen bis zum Endverbraucher klar der Vorzug gegenüber anderen Übertragungstechnologien zu geben.“

Die Gretchenfrage ist nun: Nimmt die Bundesregierung diese Handlungsempfehlungen des UBA-Gutachtens ernst und setzt sie gegenüber den Mobilfunkbetreibern durch?

Eine ausführliche Analyse des Gutachtens auf unserer Homepage:

<https://www.diagnose-funk.org/1642>

Artikel vom 09.12.2020

Dialogoffensive der Bundesregierung

#Deutschland spricht 5G - aber wie!



Screenshot Dialoginitiative Auftaktveranstaltung „Deutschland spricht über 5G“ Bildquelle: www.deutschland-spricht-ueber-5g.de

Der 5G-Protest ist Chefsache geworden. Mit großem Aufwand reagiert die Bundesregierung auf die Aktivitäten der Bürgerinitiativen. Sie startete eine Dialoginitiative. Denn der Protest trifft einen Kern der Politik:

Die digitale Transformation der Gesellschaft. Von einem scheinbaren Nischenthema – dem Protest gegen Mobilfunkmasten – katapultierte sich das Thema ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Denn 5G ist eine Hauptschlagader des Großprojekts für den Umbau der Gesellschaft. Die Bundesregierung gibt sich große Mühe, die Proteste einzufangen. Die Taktik haben wir im Artikel über die Akzeptanzmanager (1) analysiert:

1. Zu Beginn einer Protestbewegung mit Hilfe der Presse den Widerstand kleinschreiben, lächerlich machen oder ganz ignorieren. Das war in der Regel bis vor 2 Jahren der Fall.

2. Wenn er wächst, so wie jetzt, die Mitmachfalle aufstellen, d. h. den Bürgerdialog mit informeller Beteiligung anbieten, den Widerstand in diese Spielwiese einbinden und zahnlos machen.

3. Gelingt dies nicht, ist ein aggressives Vorgehen angesagt, zunächst verbal, in dem man Verschwörungstheorien oder Gewaltbereitschaft unterstellt, was derzeit auch schon eingestreut wird.

Das derzeitige Vorgehen der Politik analysieren wir in der Artikelserie „5G-Dialog der Bundesregierung“ auf unserer Homepage.

(1) [Analyse auf unserer Homepage: Mit Akzeptanz-Managern gegen 5G-Proteste. Im Argumentationsnotstand: Regierungen rekrutieren Risikokommunikatoren.](https://www.diagnose-funk.org/publikationen/1602) <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/1602>, Artikel vom 12.08. 2020